

Thema

Schweiz - Eritrea

«Sogar der Präsidentensohn wollte fliehen»

Der Eritreer Abraham Zere schreibt als Journalist im Exil über die Zustände in seinem Land. Der Regimegegner sagt, die Schweiz müsste die Beziehungen zur eritreischen Regierung sofort abbrechen.

Interview: Raphaela Birrer

Viele Schweizer sind der Meinung, Eritreer seien Wirtschaftsflüchtlinge und in ihrer Heimat nicht ernsthaft bedroht. Stimmt das?

Wer in Eritrea lebt, hat keine Zukunft. Es ist fast unmöglich geworden, zu studieren, zu arbeiten oder eine Familie zu gründen. Die Jugend versucht, diesem Leben zu entkommen. Zum Teil fliehen sie vor Armut - aber die Ursache für ihre Perspektivlosigkeit ist politischer Natur.

Auch in anderen Ländern Afrikas fehlt jungen die Zukunftsperspektive. Der Unterschied ist die fehlende Konstanz: In Eritrea verändert sich alles dramatisch. So müssen zum Beispiel seit 2012 alle erwachsenen Zivilisten entweder ein Militärtraining absolvieren oder dem Militär ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen. Und seit letztem Jahr darf eine Privatperson umgerechnet höchstens 300 Franken auf einmal von ihrem Konto abheben. Höhere Beträge erfordern eine komplizierte Bürokratie; 1000 Franken müssen vom Präsidenten persönlich abgesegnet werden. Die Kontrolle, die Willkür, die Paranoia - dieser Staat geisselt seine Bürger. Damit ist nicht einmal mehr der Präsident zufrieden.

Wie meinen Sie das? Er hat den Überwachungsstaat ja selbst geschaffen.

Das stimmt, aber Präsident Isayas Aferwerki ist mittlerweile selbst ein Opfer davon. Sogar sein eigener Sohn hat versucht, zu fliehen, weil er die Repression nicht mehr ertrug. Das zeigt: Der Präsident verliert den Rückhalt seines engsten Umfelds. Nur noch einige Armee-Generäle unterstützen ihn.

Sind das nicht Zeichen dafür, dass ein Wandel bevorsteht - oder ein Putsch?

Manche Minister versuchen erfolglos, gegen Afewerki zu arbeiten. Aber der Präsident hat ein Klima geschaffen, in dem sich alle gegenseitig überwachen. Alle sind misstrauisch. In diesem System kann er seine Macht aufrechterhalten.

Die Schweiz klärt zurzeit ab, ob der eritreische Nationaldienst gegen das Sklavereiverbot verstösst. Davon hängt ab, ob sie Asylsuchende zurückschicken darf. Wie beurteilen Sie das?

Ich weiss, viele Schweizer denken: Wir müssen auch ins Militär. Aber unser Nationaldienst lässt sich nicht damit vergleichen. In manchen Fällen dauert er über 20 Jahre. Es gibt nicht genug zu essen, und die Menschen erhalten keinen oder nur einen geringen Lohn. Ihre Familie sehen sie nur selten, weil sie für den Dienst willkürlich in andere Landesteile gebracht werden. Ich sehe darin keinen Unterschied zur Sklaverei.

Was drohte den Asylsuchenden, wenn die Schweiz sie nun doch zurückschicken würde?

Sie würden ins Gefängnis gebracht, weil sie vor dem Nationaldienst geflohen sind. So geht es zumindest jenen, die bei ihrem Fluchtversuch an der Grenze zum Sudan erwischt werden.

Verfügt Eritrea überhaupt über so viele Gefängnisse, um Tausende Rückkehrer einzusperren?

Es gibt mindestens 360 Gefängnisse im Land. Der grösste Teil davon ist nicht offiziell, wird aber vom Militär geführt. Jeder Eritreer kennt in seinem nächsten Umfeld Personen, die inhaftiert sind. Auch ich: Einige meiner besten Freunde



Seit fünf Jahren in den USA, derzeit auf Besuch in der Schweiz: Journalist Abraham Zere. Foto: Franziska Rothenbühler

haben Jahre in Haftanstalten verbracht - zum Beispiel weil sie verwechselt wurden oder weil sie Journalisten waren. Sie haben mir von katastrophalen Bedingungen berichtet.

Das Problem ist, dass die UNO keinen Zugang zu den Gefängnissen hat. Deshalb fehlen die Beweise für Ihre Darstellung.

Beziehungen zu Eritrea

Der Nationalrat will «sofort» eine Botschaft eröffnen

Der Druck aus dem Parlament, die Beziehungen zu Eritrea zu verbessern, nimmt zu.

Raphaela Birrer

Wie weiter mit Eritrea? Die Schweiz steckt in Bezug auf das ostafrikanische Land in einer Sackgasse: Seit Jahren führen eritreische Flüchtlinge die Asylstatistik an, doch Gespräche mit dem autokratischen Herrscher Isayas Aferwerki gestalten sich äusserst schwierig. Dessen Regierung stellt regelmässig Reformen in Aussicht, etwa eine zeitliche Begrenzung des Nationaldienstes, zeigt sich aber in der Umsetzung wenig verbindlich. Derweil hält der Exodus aus dem Land an - und die Schweiz bleibt eines der attraktivsten Zielländer der Flüchtlinge, ohne die Fluchtursachen bekämpfen zu können.

Doch der Druck aus dem Parlament nimmt zu: Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat, «sofort» eine Botschaft in der Hauptstadt Asmara zu eröffnen. Er hat in der Sommersession eine entsprechende Motion der SVP-Fraktion angenommen. Diese ist der Meinung, dass mit einer Botschaft die Basis für ein Rückübernahmeabkommen geschaffen werden könne. Dazu war Eritrea bislang nicht bereit. Die Schweiz hat ihr Kooperationsbüro vor Ort 2006 wegen «massiver Schwierigkeiten» mit den eritreischen Behörden geschlossen.

Im Ständerat steht die Diskussion über die Motion noch aus; der Bundesrat zeigt

Solange die Regierung der internationalen Gemeinschaft nicht erlaubt, die Gefängnisse zu besuchen, gibt es keine andere Lösung, als den Eritreern im Exil zu glauben. Interessanterweise zweifeln die Europäer die Situation in Nordkorea nicht an, obwohl sie ebenfalls keinen Zugang zu den Gefängnissen haben. Aber von dort kommen auch keine Flüchtlinge. Es ist daher

verlockend, die Situation in Eritrea zu beschönigen.

Mehrere Schweizer Politiker haben sich vor Ort selbst ein Bild gemacht. Ihre Bilanz: Das Leben in Eritrea ist nicht schlimm. Haben sie sich blenden lassen?

Nicht nur Politiker, auch viele Medien berichten von sauberen, sicheren Städten

Dabei soll es sich gemäss Diplomaten um Deutschland, Norwegen und Schweden handeln. Zudem ist die Schweiz mittlerweile Vollmitglied des Khartoum-Prozesses. Mit diesem Rahmenabkommen koordiniert die EU die Zusammenarbeit mit den ostafrikanischen Staaten in Migrationsfragen. Der Deal ist umstritten, weil die repressiven Regierungen am Horn von Afrika dafür bezahlt werden, die irreguläre Migration einzudämmen.

Parallel dazu will der Bundesrat auf eine begrenzte Wiederaufnahme der Entwicklungsprogramme in Eritrea setzen. Im November 2016 hat er einen Bericht vorgelegt, in dem er jährlich zwei Millionen Franken für einen Pilotversuch in Aussicht stellte. Neun Monate später liegen konkrete Resultate vor: Die Schweiz engagiert sich in norwegischen und finnischen Projekten im Bereich der (Berufs-)Bildung. Weitere Optionen würden zurzeit geprüft, sagt von Below. Allerdings zeige sich bereits, dass der Übergang von der Schule in die Arbeitswelt in Eritrea schwierig sei, weil der private Sektor stark beschränkt sei.

Den Nutzen dieses Engagements beurteilen Diplomaten vor Ort hinter vorgehaltener Hand kritisch: Ob solche Projekte die Jugend tatsächlich von der Flucht abhielten, sei fraglich. Am System ändere sich damit nichts. Als sinnvoller werden Investitionen in die Wirtschaft erachtet. Kämen Delegationen aus Europa statt aus China oder dem arabischen Raum, könne sich dies mittelfristig positiv auf die Menschenrechtssituation auswirken.

Abraham Zere
Journalist im Exil

Der Journalist Abraham Zere doktoriert an der Universität Ohio, USA, in Media Arts and Studies. Er lebt seit 2012 in den USA und ist Direktor von PEN Eritrea, einer Diaspora-Organisation, die sich für die Meinungsäusserungsfreiheit in der Heimat einsetzt. Zere schreibt als Eritrea-Experte für Publikationen wie den britischen «Guardian» oder «Al-Jazeera English». In Eritrea war der 35-Jährige freischaffender Journalist für mehrere Zeitungen und im Rahmen des Nationaldienstes wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Asmara, ehe diese 2006 geschlossen wurde. Er wurde in einen anderen Landesteil versetzt, wo seine Fakultät neu eröffnet wurde, aber über keine Mittel mehr verfügte. 2012 verliess er das Land. Zere wollte auf Einladung von Amnesty International in Bern. (rbi)

in Eritrea. Der Druck, unter dem die Menschen stehen, wird nicht spürbar, wenn man sie im Rahmen einer geführten Gruppe fragt, wie es ihnen gehe.

Aber selbst die Botschafter von fünf EU-Ländern in der Hauptstadt Asmara sagen, die Geschichten der Geflohenen seien übertrieben.

In Asmara sind die Cafés gut besucht. Alle leben dort von den Überweisungen der Diaspora. Die Menschen geben das Geld gleich in den Cafés aus, weil es in einem Land wie Eritrea nichts bringt, zu sparen. Jene, die stärker leiden, halten sich nicht in den Zentren auf. Dorthin kommen die Botschafter aber nicht, weil ihnen der Zugang verwehrt ist. Deshalb haben sie einen falschen Eindruck.

Das heisst, nicht die ganze Bevölkerung leidet?

Ja, der Leidensdruck ist nicht in der ganzen Bevölkerung gleich gross.

Die Schweiz will in einen Dialog mit Eritrea treten, um die Ursachen der Flucht zu bekämpfen. Eine sinnvolle Strategie?

Für das Regime wäre die Zusammenarbeit mit der Schweiz gut, denn es kann Bedingungen stellen und Geld dafür erhalten. An der Situation wird sich deswegen aber nichts ändern. Daran hat die Regierung gar kein Interesse - schliesslich profitiert sie von den Geldüberweisungen der Geflohenen. Man muss zudem bedenken, dass die Flucht in den heutigen Ausmassen nur unter Mithilfe des bestechlichen Militärs gelingt.

Was schlagen Sie denn stattdessen vor?

Je länger die internationale Gemeinschaft dem Präsidenten mit Dialogversuchen hilft, seine Macht zu erhalten, desto länger wird er Schaden anrichten. Die Schweiz müsste die eritreische Regierung vielmehr unter Druck setzen, indem sie Diaspora-Organisationen unterstützt und sich für den Aufbau einer Zivilgesellschaft einsetzt. Der Wandel in Eritrea muss aber von innen kommen.

Der Nationalrat will, dass die Schweiz eine Botschaft in Asmara eröffnet.

Das ergibt doch keinen Sinn: Warum will man eigene Leute ins Land schicken, wenn sich die Situation dort derart verschlechtert? Eine Schweizer Botschaft hilft der Regierung. Diese würde die Botschaft für Propaganda nutzen: Seht her, es wird alles besser. Die Schweiz müsste die Beziehungen zum Regime sofort abbrechen.